SDS

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND · 6 FRANKFURT/M. · WILHELM HAUFF-STR. 5

Bundesvorstand Tel.0611/776068

Postscheckkt. Ffm.31607
Dresdner Bank Kt.Nr.282427

SDS- Info 1

Frankfurt, den 4.11.68

Die Diskussionen auf der DK in Hannover haben - den phänomenologisch an der Oberfläche der Erscheinungen orientierten Verkürzungen der bürgerlichen Presse zum Trotz - gezeigt, dass die Arbeit der Genossen in den verschiedenen Schwerpunktbereichen sich zu konsolidieren beginnt.
Es ist notwendig, über diese verschiedenen Ansätze strategischer Konzeptionen, über die Struktur der Projekte der einzelnen Gruppen zu informieren, sie zu verallgemeinern und sie zu bestimmen im Rahmen einer sozialistischen Gesamtstrategie, für deren Entwicklung die Verstärkung der Kommunikation der Gruppen untereinander eine Voraussetzung darstellt.
Das SDS-Info, das Euch demnächst alle 10 Tage zugehen wird, soll dazu helfen, die Diskussion im Verband anzuregen, vielleicht kann es jedoch zugleich die bürgerliche Presse unterlaufen und über Projekte und Ereignisse berichten, die gemeinhin unterschlagen werden.

Die Hauptaufgabe des SDS - Info sehen wir jedoch darin, dass es dazu beiträgt, den Partikularismus der Gruppen aufheben zu helfen. Dass es dies leistet, dürfte nicht unwesentlich von der Bereitschaft der Gruppen selbst abhängen, den BV über ihre Aktionen und Diskussionen auf dem Laufenden zu halten.

Becker, Behnken, Knapp, Mangold, Wolff

---

1. Finanzen und Organisatorisches

Die verbindliche politische Arbeit und neue Formen der sozialistischen Organisation - das wird immer deutlicher - setzt auch eine neue Verbindlichkeit in der Art voraus, wie der SDS seine ökonomischen Probleme löst. In manchen Gruppen hält sich ein Verständnis von Sozialismus, das den Geldbeutel der Genossen aus der politischen Praxis ausklammert. Wie das Verhältnis einzelner Genossen zur Gruppe, so ist nicht selten das der einzelnen Gruppen zum BV, was die materielle Basis der politischen Arbeit betrifft, unpolitisch verkürzt.
Wir können es uns jedoch nicht leisten, die politische Arbeit von einem privatistischen Verhalten dieser Art korrumpieren zu lassen. Einige Gruppen sind darum dazu übergegangen ad hoc Geld zu sammeln. Darüber hinaus haben sich einige Gruppen dazu entschlossen, Honorare für Referate, Veröffentlichungen, Sendungen, Interviews usw zu 50% für die SDS-Arbeit zur Verfügung zu stellen. In dem Masse, in dem sich in der öffentlichen Bezuschussungspraxis die Tendenz der Förderung einer "Staatsjugend" (vergl. den Bu.Ju.PL.-Prozess. und die

Streichung der Mittel für die hessischen SDS-Gruppen diese Woche) zunehmend durchsetzt, sind wir darauf angewiesen, eine individualistische "Beitragspraxis"durch die kollektive Organisation der materiellen Resourcen zu ersetzen.
Im einzelnen müssen wir die Gruppen noch einmal darauf hinweisen, unbedingt dem BV - so schnell es geht - Geld zu schicken, um uns vor einer nicht selbstverschuldeten Pfändung zu bewahren.
Die beiden DKs haben ein solches Loch in die Finanzen gerissen (allein DM 1200.-- für blinden Aktionismus im Saal des frankfurter Studentenhauses), daß wir unbedingt erst einmal die dringendsten Schulden uns vom Hals schaffen müssen. Darüber hinaus ist seit dem Sommer eine ganze Menge von Rechnungen liegengeblieben, die jetzt bezahlt werden müssen.

Es ist also äusserst dringend, dass Ihr uns solidarisch unter die Arme greift; damit greift Ihr Euch selbst unter die Arme.BV- Konten Postsc h, Ffm Nr. 31607, Dredner Bnk. Konto Nr. 282427.

Adressen

Bei der Durchsicht der Kartei haben wir festgestellt, dass Ihr uns umgehend eine Liste Schickt, die womöglich wie folgt gegliedert ist: Hauptgruppenanschrift, Verantwortliche für die Schwerpunktbereiche(Hochschule, Justiz, Betriebsbasis, Frauen, Schulung, Einzelprojekte usw). Bitte nehmt auch die Genossen in die Adressenliste auf, die augenblicklich vor allem die Arbeit leisten. Telefonnummern nicht vergessen!

2. Informationen aus den Gruppen

a.) Streik bei Correcta Bad Wildungen. Kurzbericht der Betriebsprojektgruppe Frankfurt.

Der Streik bei Correkta war kein alltäglicher Lohnkonflikt, wenn er auch von allen Seiten darauf beschränkt wurde.Der Eigentümer, Willy Kaus, zugleich Mehrheitsaktionär von Metzeler und ehem. Wehrwirtschaftsführer, hatte sich 1967 um die Tarifauseinandersetzungen, die dann zu dem hessischen Gummiarbeiterstreik führten, herumgedrückt, indem er einfach aus der Fachgruppe Gummi im Arbeitgeberverband Chemie aus - und in die Fachgruppe Kunststoff eintrat. Nebeneffekt: Die Tarife bei Kunststoff liegen 25 - 30 % niedriger als bei Gummi. Als die Kunststofftarife ausliefen, versuchte die IG-Chemie anfang November einen Sondertarifvertrag mit Correcta abzuschliessen, und zwar auf der Basis des Gummitarifvertrages. Auf den Streik , der am 18.1168 begann (Organisationstd. b. Corr. zirka 88 % ; Urabstimmungsergebn.: 90,3 % für Streik), antwortete Kaus mit der Aussperrung der Gewerblichen Beschäftigten ohne Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Im Einzelfall Corr. war die Aussperrung völlig harmlos, für die Streikenden sogar ein Vorteil. Es waren nur zirka 30 Arbeiter von der Aussperrung betroffen; die Streikposten konnten sich von nun an auf symbolische Anwesenheit beschränken und es wurden Kräfte für die Agitation in der Bevölkerung frei.

Als sich zeigte, dass weder Landesregierung noch Gewerkschaft gewillt waren, auf den politischen Charakter dieser Aussperrung in Hessen (Art. 29 der hessischen Verfassung erklärt die Aussperrung als rechtswidrig) einzugehen, liess der Arbeitgeberverband die Katze aus dem Sack: Er solidarisierte sich mit der Aussperrung und berief sich dafür auf Art. 9 III 3 Notstandsverfassung, wo "Arbeitskämpfe" gegen Notstandseingriffe geschützt werden. Interpretation der Unternehmer: zum Arbeitskampf gehört auch die Aussperrung; damit ist die Aussperrung im Grundgesetz verankert und das Aussperrungsverbot der hessischen Verfassung ungültig.
Wir sahen in diesem Zusammenhang folgende Möglichkeiten:

1. praktische Solidarisierung der Studenten mit den Streikenden.
2. ansatzweise Schaffung eines Bewusstseins für Betriebsprobleme im SDS und der Studentenschaft
3. Politisierung des Konflikts durch Aufdeckung des Notstandshintergrunds.

Die Situation änderte sich ständig. Während unsere Planung noch darauf abgestellt war, eine geplante Corr.-Arbeiter-Demonstration am 29.11.68 vor der frankfurter Metzeler -Hauptverwaltung zu unterstützen, erhielten wir erste Informationen, dass der Streik entgegen allen Prognosenzu diesem Zeitpunktmöglicherweise schon beendet sein könnte weil Kaus (das Urbild eines patriarchalischen Unternehmers, der in seinen Werken mit allen Mitteln seine Herrschaft aufrechterhält, jedoch nicht imstande ist, die gesellschaftliche Relevanz dessen zu begreifen) kalte Füsse bekommen hatte, sich als Marionette des Arbeitgeberverbandes begriff, der ihn benutzen wollte, um einen Modellfall durchzuspielen, und in der Nacht zum 26. 11.68 aus dem Arbeitgeberverband austrat und praktisch kapitulierte. Azf einer Streikversammlung am 26.11.68 war davon jedoch noch nicht offiziell die Rede. Aus einigen Andeutungen der Streikleitung konnten wir jedoch entnehmen, dass die Verhandlungen mit Kaus bald zum Abschluss kommen würden, und dass sie zweitens es auf keinen Fall dazu kammen lassen wollten, dass Corr.-Arbeiter und Frankfurter Studenten gemeinsam demonstrieren.
Auf dieser Streikversammlung waren auch 80-100 marburger Studenten und Genossen, die eine Solidaritätsadresse und DM 350.- überbrachten, was mit offener Sympatie aufgenommen wurde. Die Marburger hielten sich auf dieser Versammlung sehr zu rück, was die Gewerkschaften zu begeistertem Lob anspornte; später erfuhren wir übrigens, dass unsere Flugblätter, in denen wir auf den Notstandshintergrund eingegangen waren, und den Corr.- Arbeitern praktische Solidarität zugesichert hatten, in den Verhandlungen mit Kaus eine erhebliche Rolle gespielt haben. Kaus hatte offensichtlich Angst, zu einem zweiten Springer zu werden.
Am 29.11.68 war dann bereits die Urabstimmung über den Abschluss des Sondertarifvertrages zwischen der IG'Chemie und der Corr. (der übrigens für die Belegschaft sehr günstig ist. Von einer Corr.-Demonstration war natürlich keine Rede mehr. In dieser Situation machten wir nach nur 2-tägiger Vorbereitung ein teach-in, auf dem wir zu einer Demonstration zum hessischen Arbeitgeberverband aufforderten. Vorbereitung und Durchführung der Aktion wurden von der Betriebsprojektgruppe getragen. Parole: Sperrt die Unternehmer aus. Teilnehmerzahl: etwa 300. 300 Bullen mit Wasserwerfern und Hunden erwarteten uns bereits. Sie hatten den Zugang zum Gebäude offengelassen, dafür aber die ganza Umgebung besetzt. Diese Her-

ausforderung haben wir weder Kräfte- noch bewusstseinsmässig annehmen oder unterlaufen können. Wir zogen uns zurück; etwa 70 Genossen fuhren sofort nach Offenbach zu einer Mitbestimmungskundgebung mit Rosenberg, um dort die Aktion zu erläutern und über unser Verhältnis zur Gewerkschaftsbürokratie eine Erklärung abzugeben. Mit dem Sprechchor "Heute bei Correcta - morgen bei Euch!" machte wir ein Go - in. Die Versammlung äusserte sich begeistert - für Rosenberg, der erklärte, wir benähmen uns, als würden wir von seinen Gegnern bezahlt. Unsere guten Freunde, die linke Gewerkschaftsprominenz, wollte prügeln. Unser Fehler war, dass wir kein Flugblatt mitgebracht hatten, um uns inhaltlich zu erklären, sodass sich die Diskussionen nach der Veranstaltung mal wieder fast ausschliesslich aufs Formale unseres Vorgehens beschränkten. Wir haben heute, 2.12.68, mit einer Flugblattaktion vor zahlreichen Frankfurter Betrieben und in Bad Wildungen geantwortet. Ziel : Durch die Offenlegung dieses für die Arbeiter selbst sehr abstrakten Konflikts die Gewerkschaftsbürokratie zur Reaktion zu zwingen und damit den Konflikt politisch zu konkretisieren und die zu erwartende individuelle Reaktion der in Offenbach anwesenden Funktionäre und Betriebsräte auf eine politisch verwertbare Ebene zu heben.
Eine detaillierte Auswertung des Streiks folgt sobald als möglich.

Adressen von Buchhandlungen, von denen die NEUE KRITIK zum Genossen-Preis bezogen werden kann:

---

1)	HEIDELBERG:	Politische Buchhandlung Jörg Burkhardt 69 Heidelberg, Schiffsgasse 3
2)	BERLIN:	Das politische Buch 1 Berlin 15, Lietzenburger Str.96
3)	ERLANGEN:	Politladen im RC 852 Erlangen, Hindenburgstr.17
4)	HAMBURG:	Spartakus-Buchhandlung 2 Hamburg
5)	FRANKFURT:	Verlag NEUE KRITIK 6 Frankfurt a.M., W.-Hauff-str.5

Bitte vergeßt nicht, uns verbindliche Gruppenadressen(eventuell Telefon) und Adressen aktiver Genossen zu schicken; von Eurer Mitarbeit hängt die Kommunikation im Verband ab!

TÜBINGEN Bringt die Stimme Amerikas zum Schweigen!

Am 7.11.68 beschloß das tübinger Studentenparlament(SP) auf Antrag der SDS-Fraktion, den propagandistischen Bemühungen des von den USA in Tübingen betriebenen Amerika-Hauses jegliche Unterstützung zu versagen und die Zusammenarbeit(Anzeigen in der Studentenzeitung, gemeinsame kulturelle Veranstaltungen usw.) sofort einzustellen.
Diese sog.kulturellen Institute, die Amerika-Häuser, haben neben nachrichtendienstlichen Aufgaben die Funktion, den US-Imperialismus zu rechtfertigen u. zu verschleiern. Das bad.-württ. Kultusministerium wurde außerdem aufgefordert, den von ihm jährlich durch 414.ooo DM mitfinanzierten Amerika-Häusern(Tübingen, Heidelberg, Stuttgart und Freiburg) diese Gelder zu entziehen und sie stattdessen der kritischen Bewußtseinsbildung an den Hochschulen zuzuführen.
Dieser Aufruf zum Boykott war Teil eines Kampfes, der sich nicht mehr nur punktuell fixierte etwa an verstärkten Bombenangriffen in Vietnam(und damit auch abhängig wurde von der jeweiligen politischen Taktik Nord-Vietnams und der US-Invasoren), sondern sich begriff als Teil einer allgemeinen Strategie gegen den US-Imperialismus in den westeuropäischen Metropolen.
Vorausgegangen waren eine spontane Massenaktion vor dem Amerika-Haus nach der Verurteilung von drei Genossen(drei Monate ohne Bewährung wegen Nötigung bei einer Vietnam-Demonstration im Februar) am 25.1o.68 und ein Go-in nach der Wahl von Nixon/Agnew.
Zu einer Veranstaltung mit dem Journalisten Thilo Koch im Amerika-Haus am 26.11.68 verteilte der SDS ein Flugblatt, in dem es hieß: "Jetzt müssen wir endlich mit der Zerschlagung der Amerika-Häuser beginnen!". Zum Vortrag erschienen etwa fünf- bis sechshundert Studenten, etwa 3o uniformierte und zivile Bullen, eine Reihe von Verbindungs-und HTS-Studenten(HTS=Hochschulring Tübinger Studentenformierte Rechte), eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei aus Göppingen war außerdem bereitgestellt worden.
Dazu das Flugblatt vom folgenden Tag:
"Der liberale Starjournalist Thilo Koch, der den Vietnam-Krieg 'tragisch' findet und als 'Verhängnis bedauert', wußte auf die Frage:'Wissen Sie,daß selbst nach Aussage eines hohen süd-vietnamesischen Militärs zwei Drittel der Bevölkerung dem Vietcong zuzurechnen sind?' nur zu antworten, daß die USA Bündnisverpflichtungen auch dann einzuhalten hätten, wenn die zugrundeliegenden Interessen nur noch von einer Minderheit der Bevölkerung vertreten würden. Mit solchen und anderen Äußerungen entlarvte sich gestern der Liberale Thilo Koch als Apologet des Vietnam-Krieges...
Bezahlt und veranstaltet wurde der Vortrag vom Amerika-Haus, daß sich vom Einsatz des Liberalen einen wichtigen propagandistischen Erfolg für die amerikanische Politik vor allem bei den tübinger Studenten erhoffte.
(Unterstützung fand das Amerika-Haus gestern abend allerdings nur beim Regierungspräsidenten Birn, etwa 3o uniformierten und zivilen Polizisten und den Kommilitonen vom HTS ...die sich als Handlanger der Polizei verdient machten, indem sie andere Studenten denunzierten...)
Während im Amerika-Haus noch in Gruppen diskutiert wurde, wurden im Vortragssaal verkohlende Zeitungen entdeckt, die sich in einem Wandschrank befanden.
Zwei Studenten [darunter ein Genosse] wurden als'der Tat dringend verdächtig' festgenommen, da sie sich zufällig in diesem Raum befanden.
Die Empörung unter den anwesenden Studenten wurde von der Polizei mit Schlagstöcken zum Schweigen gebracht(Einsatzleiter Vollmer: 'HAUT DRAUF! HAUT DOCH DRAUF!').
Die von Studenten und Studentenparlament aufgestellte Forderung nach Abschaffung der Amerika-Häuser bedeutet die Zerschlagung dieser Institutionen, die im Rahmen einer globalen Strategie des Kulturexports stehen, der eng zusammenhängt mit dem ökonomisch-militärischen Imperialismus der USA.
Die Zerschlagung der Institution Amerika-Haus bedeutet die Konkretion unseres Protests im Widerstand gegen eine Institution, die tagtäglich mit scheinbar unpolitischen kulturellen Veranstaltungen versucht, das wahre Gesicht der USA zu verschleiern.

Das bedeutet, daß in Zukunft systematisch die Veranstaltungen dieses Hauses verhindert werden mit dem Ziel, die Arbeit dieser Propaganda-Institutionen unmöglich zu machen, um so zu erreichen, daß die zur Unterhaltung des Amerika-Hauses aufgewandten Mittel sinnvollen Zwecken zugeführt werden. Die Räume des Amerika-Hauses müssen übernommen werden vom FRANTZ-FANON-INSTITUT, daß sich mit der wissenschaftlichen Analyse der Ökonomie und der Emanzipationsbewegungen der Dritten Welt befaßt.

Heute abend 2o Uhr Audimax Jürgen HORLEMANN über Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt. Anschließend Diskussion über die Vorfälle im Amerika-Haus.

Projektgruppe ZERSCHLAGT DAS AMERIKA-HAUS! "SDS Tübingen"

Das erste Urteil im tübinger Luftschutz-Prozeß

Am 3.Dezember wurde in Tübingen das erste Urteil im Prozeß gegen drei von 124 Studenten(Mitläufer) plus fünf Rädelsführer gefällt: 36o DM Geldstrafe, ersatzweise einen Monat Haft.
Die Studenten hatten im Juni d.J. das Büro des Aufstellungstabes des Luftschutz-Hilfsdienstes(LSHD) besetzt, um auf die beschissenen Raumverhältnisse bei den Psychologen aufmerksam zu machen . Zugleich hatten sie damit über den syndikalistischen Ansatz hinaus eine Form von Widerstand gegen den Notstandsstaat praktiziert.

Kleine Anfrage in Baden-Württemberg

Landtag von Baden-Württemberg·5.Wahlperiode Drucksache V.552

betr.Gerichtsverfahren wegen Nötigung, Körperverletzung,Hausfriedensbruch usw. Ausgegeben am 8.Novemberm 1968

Kleine Anfrage

des Abg.Mußgnug

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat der Herr Justizminister anläßlich der laufenden und bevorstehenden Gerichtsverfahren wegen Nötigung,Körperverletzung,Hausfriedensbruch usw. gegen sogenannte Demonstranten(z.B.inTübingen)von seinem Weisungsrecht an die Staatsanwaltschaften dergestalt Gebrauch gemacht,daß gegen überführte Täter hohe Strafen im Rahmen der gesetzlichen Strafandrohungen beantragt werden?
2. Wenn nicht:Gedenkt der Herr Justizminister in diesem Sinne von seiner Weisungsbefugnis Gebrauch zu machen?

Den 6.November 1968 gez. Mußgnug (NPD)

Begründung

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie das Leben und die Gesundheit der Polizeibeamten sind heute durch anarchistische Elemente gefährdet. Geringfügige Strafen verfehlen hier jede Abschreckungswirkung,so daß der erkennbaren Tendenz zur Verharmlosung wenigstens seitens der Staatsanwaltschaften entgegengewirkt werden sollte.

KÖLN — Rektoratsbesetzung

Vorausgegangen waren zwei nicht ganz ernste Flugblätter und am Freitag,den 22.11. ein Teach-in über die anstehende Hochschulordnung. Auf diesem Teach-in wurde beschlossen, bei der Beratung der Hochschulordnung im Senat Öffentlichkeit herzustellen. Am folgenden Tag aber war der Senat ausgeflogen und tagte an einem nicht bekannten Ort.
Die Studentenvertreter im Senat, Laepple und Köster(KSU/DSU), sollten bis 1o Uhr mitteilen, wo der Senat tagt; um halb elf kam die Information, die Senatssitzung sei bereits vorbei.
Daraufhin zogen die Studenten zum Rektorat, die Tüt wurde eingetreten,das Rektorat besetzt. Mittags gab es eine Pressekonferenz: der Assistent des Rektors gab eine Erklärung ab: die Hochschulordnung habe nicht auf der Tagesordnung gestanden.
Das Rektorat wurde bis Montagabend gehalten, am Abend fand ein Teach-in statt. Auf dem Teach-in etwa 17oo Studenten, es lief aber ausgespr ochen schlecht, da die KSU-Leute zuerst sprachen und wir in die Defensive gedrängt wurden (Gewaltvorwurf). Nach drei Stunden solidarisieren sich bei einer Abstimmung 95o Studenteh mit der Besetzung,"die für diesmal noch einmal aufgehoben wird". 75o stimmen dagegen. Klare Polarisierung.
Am Dienstag begannen wir, im Foyer der Uni Wandzeitungen aufzuhängen, die auf weitere Diskussion der anstehenden Probleme hinwiesen, ein Hörsaal war stämdig fluktuierend voll. Am Abend ein weiteres Teach-in, zu dem etwa 11oo Studenten erschienen.
Die Theaterwissenschaftler streikten geschlossen und diskutierten schon den ganzen Tag(wie auch die weiteren) über die Neuorganisation ihres Studiums. Bei einer Fachschaftsvollversammlung der Germanisten kam außer einer reformistischen Resolution nichts heraus.
In den folgenden Tagen bildeten sich in den Fachbereichen Jura, Soziologie, Theaterwissenschaft einzelne Basisgruppen und informelle Gruppen, immer koordiniert durch Diskussion in einem Hörsaal(Parole:"Das Aktionskomitee Rektorat lebt! DerKampf geht weiter!").
In den Vorlesungen wurden Diskussionen angezettelt, die allerdings manchmal(mangels einer Perspektive) am Entgegenkommen der Professoren scheiterten. Weitere Aktionen werden diskutiert. Wegen der Besetzung ist gegen einige Leute Strafanzeige erstattet(Landfriedensbruch usw.).

KIEL — SDS-AStA zurückgetreten!

Am 3.7. tritt der politisch gescheiterte ,vom SDS unterstützte Mitte-Links-AStA zurück. Die Amtsmüdigkeit seiner Mitglieder, die Uneinigkeit des SDS über die Möglichkeit eines SDS-AStA ohne hinreichende Basis im Studentenparlament und ein taktisches Manöver der Rechtsgruppen führen überraschend zur Wahl von Achterberg(SDS) zum AStA-Vorsitzenden.
Bis 1o.7.: Der Versuch, eine Referentenliste ohne jedes Zugeständnis an die Mitte-Gruppen -aber mit dren Stimmen im SP- durchzubekommen,schlägt fehl. Harte Auseinandersetzung im SDS über mögliche Zugeständnisse.
Bis 17.7.: Mitte-Gruppen versuchen erfolglos, einen Gegen-AStA auf die Beine zu bekommen. Bieten Unterstützung(ohne personelle Forderungen)an, Verpflichtung des AStA, ein Hochschul-Modell vorzulegen.
Bis Ende Oktober: AStA hat HSG-Modell fertig, beschließt aber Nichtvorlage, denn: Der Versuch, zwischen einer historisch nicht vermittelten, abstrakten

Rätekonstruktion und einem technokratischen Modell eine progressive Alternative (??, Anm. d. Red.) zu finden, ist gescheitert. Zugleich Verschärfung der Auseinandersetzung an der Uni. Einige fachbezogene Konflikte werden vom Asta relativ erfolgreich aufgegriffen. Ausserdem wäre eine Modellvorlage unausweichlich verbunden gewesen mit der Verlagerung der Auseinandersetzung auf technokratische Dispute mit dem Landtag. Erreichbar wären höchstens formale Veränderungen, nicht aber die Infragestellung der Inhalte und Methoden der Wissenschaft.

Am 5.11.68 trägt der Asta im Parlamnt vor, das Modell nicht vorzulegen, das in der studentischen Öffentlichkeit bereits diskutiert war. Das Modellproblem wird an die Vollversammlung verwiesen. Etwa gleichzeitig erscheint ein sehr offensiver Artikel in der Studentenzeitung: Ultralinke Kritik am Asta, schafe Unflätigkeiten werden den Ordinarien unter die Nase gerieben. Der akademische Senat beschliesst eine Sondersitzung und lehnt die Forderung des Asta, studentische Redakteure zur Sitzung zuzulassen, ab. Die Senatssondersitzung am 12.11.68 wird gesprengt, der Rektor stellt Strafanzeige.

Am 13.11.68 findet die Vollversammlung statt. Die Asta -Strategie (kein Modell, offensive Vertretung inhaltlicher Forderungen mit Bezug zur realen Studiensituation und Ablehnung aller im Spiel befindlichen Modelle) mit Knapper Mehrheit abgelehnt. Der Asta Achterberg tritt zurück. Jedoch findet eine starke Solidarisierung mit der Redaktion der Studentenzeitung statt(Mittelgruppen und Linke). Am 21.11.68 übernimmt ein LsD- Mann den Asta, der am 27.11.68 zurücktritt, weil er keine Referenten findet. Der SDS beginnt, die fachbezogene Arbeit zu intensivieren. Die Theologen beginnen zu streiken. Der SDS sieht es als die Hauptaufgabe der konsequenten Linken an, dei Bewegung an der Hochschule zu konsolidieren. Es tritt eine Schwächung, zum teil taktischer Fehler wegen, der linken Mitte ein. Desweiteren lanciert die Rechte eine Offensive gegen den Asta-Beitrag. Da für eine syndikalistische Organisierung der Studenten die Voraussetzungen fehlen, kämpft der ehemalige SDS-Asta für die Erhaltung der Institutionen der studentischen Selbstverwaltung mit der Perspektive eines linken Asta, an dem der SDS sich selbst nicht beteiligt.

Der SDS wird basisbezogen arbeiten. Gefährliche Tendenz in der Gruppe: Politik an der Hochschule und Betriebsbasis arbeit erscheinen als Alternative etlichen Genossen.

Aktueller Hinweis:
Der BND setzt seine Tätigkeit an der Uni Kiel fort.
vergl FR und Die Welt vom 4.12.68 (Bericht folgt!).

BERLIN — Achtzehn Filmstudenten relegiert !

An der Filmakademie benutzt seit geraumer Zeit eine Gruppe von Genossen die ihnen für ihre Ausbildung zur Verfügung stehenden finanziellen und sachlichen Produktionsmittel dazu, die Agitation des SDS in der Hochschule sowie in den Basisgruppen zu unterstützen. Die Genossen Filmstudenten haben hier die Hochschulpolitik der teilweisen Vergesellschaftung der universitären Produktionsmittel durch die Produzenten,die Studenten, praktiziert u. diese Produktionsmittel ihrem eigentlichen Zweck imKampf der Studenten zugeführt. Der Rausschmiß der 18 Filmakademisten ist der Versuch,die Politik der Erkämpfung von Freiräumen in der Uni durch Relegation einzelner Studenten zu unterdrücken.
An den Instituten aller berliner Hochschulen ist diese Herausforderung angenommen worden. Seit Mittwoch,den 4.Dezember werden im besetzten Philosophischen Seminar(FU) die Gegenmaßnahmen der Studenten organisiert.
(Dazu auf Seite 9 das Flugblatt.)

"Heute ab 11h beginnt im Phil.Seminar die permanente Beratung

Die Wissenschaft ist eine Produktivkraft nicht nur für die Herrschenden, sondern notwendig auch für den sozialistischen Widerstand in allen Bereichen der Gesellschaft.
Die Genossen von der Filmakademie haben diese Erkenntnis praktisch umgesetzt und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in Zusammenarbeit mit anderen Projekt-und Basisgruppen verwandt. Solchen Einsatz kapitalistischer Mittel zur Abschaffung des Kapitalismus beantworteten die Kapitalverwalter, die Direktoren der Akademie, mit der Relegation der Genossen.
Gewalt ist das Mittel der Herrschenden, diesen machtpolitischen Konflikt zu ihren Gunsten zu lösen. Gewalt ist von unserer Seite das einzig adäquate Mittel, um eben das zu verhindern.
Was den Genossen von der Filmakademie als dem schwächsten Glied der Berliner Hochschulen geschehen ist, haben die Studenten im Seminar von Ultrareaktionär Schwan am OSI(Thema: Der Beitrag der Wissenschaftstheorie zum Demokratieverständnis !!) ebenfalls erfahren. Die Forderung nach Selbstbestimmung der Inhalte und Organisation ihrer Arbeit wurde von Schwan mit der Auflösung des Seminars quittiert.("Ich betrachte dieses Seminar als illegitim!").
...
Den zwangsläufig entstehenden Konflikt mit den Agenten des Kapitals in Lehre, Forschung und Bürokratie müssen wir militant austragen,
- um die Repressionsmaßnahmen von seiten des Systems, d.h. die Strategie der Konterrevolution an der Hochschule in eine Gefahr für den Bestand eben dieses Systems zu verwandeln und
- um die"freien Räume" innerhalb des etablierten Wissenschaftsbetriebs,die wir zur Entwicklung einer befreiten...Gesellschaft benötigen, abzusichern und auch materiell zu schaffen, d.h.

1. Solidaritätsmaßnahmen an unserem Arbeitsplatz und koordiniert an allen Hoch-und Fachschulen mit dem Ziel, für und mit den Filmgenossen die ihnen entzogenen Produktionsmitteln zurückzuerobern. (Die an der Filmakademie verbliebenen Studenten haben den Kampf bereits in Form des Generalstreiks aufgenommen.)
2. Die Gewinnung eigener Produktionsmittel an unseren Arbeitsplätzen in den Hoch-und Fachschulen, um uns inhaltlich und besonders auch organisatorisch auf eine sozialistische Berufspraxis vorzubereiten, und um für die in der Stadt bestehenden Gruppen sowohl Arbeitsmöglichkeiten als auch das Wissen zur Verfügung zu stellen, was für ihre Arbeit(bes. die Betriebsarbeit) unentbehrlich ist.

Es beginnt eine neue Phase unseres Kampfes, die neue Formen der Aus einandersetzung mit sich bringt.
Die Studenten des Phil.Seminars haben bereits mit einer Aktion begonnen.
Sie haben den Wissenschaftsbetrieb selbst übernommen und ihre "Lehrer",die eine Strukturänderung boykottieren, ausgeschlossen.
Das technische Gerät des Filmteams des SFB, der sich seit langem als wirksames Propagandainstrument der bürgerlichen Klassen entlarvt hat, ist auf der gestrigen Audi-Max-Versammlung vergesellschaftet worden.
Um die weiteren notwendigen und angemessenen Maßnahmen und Aktionen schnell und intensiv vorzubereiten und für ganz Berlin zu koordinieren, treten wir ab heute, 11 Uhr, im Philosophischen Seminar zur permanenten Beratung zusammen.
Wir fordern alle Studenten und bereits aktive Gruppen auf, sowohl im Phil. Seminar als auch in Instituten an den Beratungen teilzunehmen, wie wir den Kampf an den Instituten und Seminaren und koordiniert auf Hoch-und Fachschulebene sowie in den Basisgruppen weiterführen.
Durch den großen Sprung auf den langen Marsch.

AStA FU und Studentenvertretung TU" 4.12.68

HEIDELBERG

Am 16. Dezember 1968 NPD-Prozess in Heidelberg und Beginn der Justizkampagne

AUSS gründet sich in Heidelberg

Am 16 12.68 beginnt der Prozess gegen eine Reihe von Genossen, linke Studenten und Schüler, die während des baden-württ. Landtagswahlkampfes öffentlich in einer Aktoinsgruppe von zirka 150 Studenten und Schülern NPD-Plakate mit Hakenkreuzen gekennzeichnet hatten. Das Vorgehen der politischen Justiz zeigt die gängige Struktur: Annahme von Rädelsführern, formale Fassung der Tatbestände (Sachbeschädigung, Körperverl. etc.), die die politische Intention apriori ausspart. Es handelt sich um den einzigen Prozess dieses Genres derzeit - in anderen Städt n wurden analoge Verfahren eingestellt. Die politische Justiz versucht in subtiler Weise den Prozess zur Bestätigung der "Linksfaschismus-Theorie" zu verwerten; durch gezielte Handhabung der erichtsinternen Geschäftsoerdnung wurde für den NPD-Prozess ein NS-verfolgter Jurist als Vorsitzender ausgewählt.

Der Verteidigre, Rechtsanwalt Ammann, beabsichtigt, den juristich "äusserst interessanten" Prozess, bei dem die NPD als Nebenkläger zugelassen ist, als gegen die Neufaschisten gerichteten Verbotsprozess zu führen. Während der Verteidiger den Prozess mit dem Gericht gegen die NPD führen möchte, versucht der SDS-Heidelberg, ihn mit Studenten, jungen Arbeitern und Schülern gegen Gericht, NPD und CDU zu führen.
Eine Wendung des Prozesses an der juristischen Fakultät durch Go-in's und Seminarbesetzung und seine Verwertung durch die Betriebsbasisgruppe stellen angesichts der konkreten Situation in Heidelberg aussichtsreiche Handlungsperspektiven dar.
Der NPD-Prozess dient dem Justizapparat und uns zur Vorbereitung des"Stadthallenprozesses" am 20.12.68. Hier möchte die Justiz den Schlag gegen diejenigen Genossen führen, die sie für die führenden Rädelsführer hält. Im Februar 68 wurde eine Veranstaltung des akademischen Auslandsamts in der Stadthalle , wo ausländische Komilitonen Bonner Diplomaten (aus Südkorea und USA u.a.) und der städtischen Oberschicht ein gönnerhaftes Gewissen verschaffensollten, zum Anlass, die Politik des akademischen Amtes, das vom bonner Aussenministerium mitfinanziert wird, aufzudecken und die Vorurteilsstruktur der exotisch aufgezogenen Show zu entlarven. Der Versuch, ein Licht auf diesen rassistischen Mief zu werfen, resultierte in Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs, Landfriedensbruchs u.s.w. (Oberbürgerm. Z., SpD) und in der Mobilisierung eines relevanten Teils der ausländischen Studenten, die sich in der SAALA (Sozialistisches Afrika, Asien und Lateinamerika, Adresse: Hd., Sandgasse 9) organisiert haben.
Unsere Prozesstrategie wird auf Besetzungsaktionen an der Uni ("Das Auslandsamt in Studentenhand!" - Sprechchor im Februar - Wirklichkeit jetzt) einerseits aus sein und wird andrerseits die Verwertung des Zeugen und Anzeigers , OB. Z. (SPD) dessen schwerster Vorwürfe einer war, dass die erwähnte Veranstaltung durch das Absingen der Internationale erheblich gestört worden sei, für Aktionen in der Stadt zum Ziel haben. Durch Einführung von Experten und Zeugen zur Organisationsstruktur des SDS, die vor allem Vergleiche zwischen SDS und SPD anstellen werden (einSoziologe, ein linker Jungsozialist u.a.), soll die Rädelsführerprojektion transparent gemacht werden und die Legitimationsbasis für den Kampf gegen die örtliche Sozialdemokratie erweitert werden.

Schüler aller Klassen vereinigten sich.
Durch relativ gut vorbereitete Aktionen in städtischen Veranstaltungen für Jungwähler und Schüler, gelang es, excitierende Impulse für eine Schülerbewegung zu erzeugen. Die Teilnahme von Schülern an einer der Aktionen gegen die städtische Bürokratie wurde von der Schulleitung eines Gymnasiums zum Anlass genommen, drei Schülern die Relegation anzukündigen. Die drei bildeten die Spitze der Schülermitverwaltung und hatten versucht, innerhalb dieses formalen Rahmens politisch an den Interessen der Schüler anzuknüpfen.(Streit ums schwarze Brett, um Raucherlaubnis, um erweiterte Informationsfreiheit usw). Die Aktion der Direktion gegen die Schüler führte zu teach-ins der Schüler in der Uni(200 bzw 600 teiln. Schüler) und zu einem militanten Go-in in eine Elternversammlung des KFG-Gymnasiums. Polizei und Kripo sowie eine Glastür waren die Barrieren, die die Schüler daran hindern sollten, Öffentlichkeit herzustellen.
Die auf Herstellung von Öffentlichkeit gerichtete Aktion führte an allen Heidelberger Schulen zu stark polarisierten Diskussionen. Das durch das Herrschaftsverhältnis in den Schulen bei den Schülern erzeugte Aggressionspotential richtete sich in unerwartetem Ausmass gegen den SDS. So reagierten Schüler des KFG auf ein Gerücht, der SDS werde die Schule stürmen, mit einer Demonstration gegen "die Einmischung von aussen". Es wurden Parolen gezeigt wie: "Aus der Manipulation des Establishments in die Manipulation des SDS", "SDS, autoritärer geht's nicht", "Wir vom KfG können uns alleine durchsetzen", "SDS, raus aus der SMV", "KfG- kein Rummelplatz für Radikalisten," "Wir brauchen keine Kindermädchen."
Ein Flugblatt, von Schülern unterzeichnet, enthält Passagen wie: "Es geht ihnen (den Studenten) nicht um den Ausschluss der drei Schüler sondern um das Durchdrücken ihrer ureigensten Interessen, nämlich der schon längst bekannten Grundsatzfragen und Revolutionsforderungen. Unter dem Deckmantel der Solidarität versuchen sie, die Schüler als Stimmvieh zu benutzen.."
Im weiteren Verlauf der Bewegung an den Schulen kam es zum Ausschluss bzw zur Androhung des Ausschlusses dreier weiterer Schüler. Die linken Schüler sind im Begriff, die Aktionen aufzuarbeiten und das mobilisierte antiautoritäre Bewusstsein organisatorisch auf Dauer zu stellen. Da die Schüler ihre politischen Forderungen nach einem institutionell gesicherten Freiheitsraum in den Schulen nicht unmittelbar werden durchsetzen können, wird die sich organisierende Schülerbewegung im Rahmen der Justizkampagne und von Aktionen gegen faschistische Tendenzen der Lokalpresse ihr Bewusstsein schärfen, um dann den nächsten Schritt in den Schulen zu tun - auf höherem organisat. Niveau und mit einer diskutierten strategischen Perspektive.
"Die Betriebsbasisarbeit entschlossen beginnen, die Rebellion in die Jugend tragen und die die Justizkampagne kühn vorantreiben - das sind die Schritte, die von den Genossen in Angriff genommen werden müssen."

FRANKFURT — AFE-STREIK und das neue Kampfgefühl

In Frankfurt haben sich an Mehreren Instituten Basisgruppen gebildet, die bislang relativ separat voneinander und konzeptionslos versuchten in ihren jeweiligen Fachbereichen ihre Konflikte zu problematisieren. Der Streik an der AFE(Abteilung für Erziehung),der mit gewerkschaftlichen Forderungen eingeleitet wurde, wurde durch systematische Solidaritätsaktionen der Basisgruppen an den übrigen Instituten zum Ausgagnspunkt einer Mobilisierung einer grossen Zahl von Studenten. Die SDS-Gruppe versucht nunin Zusammenarbeit mit der Basisgruppe Soziologieam Institut für Sozialforschung einen für die Gesamtuni exemplarischen Kampf gegen das technokratische Hochschulgesetz zu organisieren.Ziel dieses Kampfes soll es sein auch an der Frankfr. UNI die institutionelle Absicherung von Widerstandszentren inden Instituten zu erreichen. (Dazu das Flugblatt der Soziologen S.12)

B A S I S G R U P P E S O Z I O L O G I E B A S I S G R U P P E

Die Frankfurter Soziologie beansprucht kritische Theorie der Gesellschaft zu sein, welche die Gesellschaft als veränderbar darstellt und politisch bewußte Intelligenz ausbildet. Die kritische Theorie der Adorne, Habermas und Friedeburg ist jedoch so kritisch, daß sie der politischen Studentenbewegung bislang nur in den Rücken gefallen ist. Die kritische Theorie ist so autoritär organisiert, daß ihr soziologischer Wissenschaftsbetrieb den Studenten keine Chance zur Selbstorganisation des Studiums einräumt. An anderen Universitäten Am OSI in Berlin, am psychologischen Seminar in Hannover können die Studenten längst die Forschungs- und Lehrinhalte, die Finanzplanung etc. mitkontrollieren. Doch die professionellen kritischen Theoretiker Frankfurts hocken auf der Freiheit von Forschung und Lehre wie auf ihrem Privateigentum, sie schließen die Lernenden aus der Freiheit von Forschung und Lehre aus.

Die professionellen kritischen Kritiker der Frankfurter Schule legen mit theoretischer Beflissenheit linke theoretische Bekenntnisse ab. Im Spiegel gegen Schütte ein Scheingefecht zu führen, bedeutet nur zu verschleiern, daß die Auseinandersetzung nur im praktischen Kampf geführt werden kann. Schon auf die Andeutung hin, daß wir diesen Kampf aufnehmen wollen, reagieren sie wie auf eine Naturkatastrophe, schaffen ihre Akten beiseite und privatisieren damit endgültig ihre kritische Wissenschaft. Wir haben diesen Zustand satt: Wir haben es satt, mit den kritischen Ordinarien über Hochschulreform zu diskutieren, ohne daß den Studenten eine Kontrolle über die Produktivkraft Wissenschaft zugestanden wird. Die Beispiele in Berlin und Hannover haben gezeigt, daß man die Verhältnisse an der Hochschule ändern muß und ändern kann.

Wir haben es satt, uns in Frankfurt zu halbsdidenen politischen Linken ausbilden zu lassen, die nach dem Studium das integrierte Alibi des autoritären Staates abgeben.

Hochmütig vom Stand ihrer Ordinarienprivilegien aus werfen die Frankfurter Ordinarien den Studenten vor, ihr Protest sei inhaltsleer und ohne kritisches Gegenkonzept; sie ignorieren, daß die autoritäre Organisation ihrer Lehrveranstaltungen und ihr leistungsdiktatorisches Prüfungssystem es sind, die uns zu friedlichen Dummköpfen ausbilden. Wir nehmen die Auseinandersetzung mit den Professoren um die sofortige Umorganisation des Soziologiestudiums am

F r e i t a g , d e n 5 . 1 2 . u m 1 9 Uhr H VI
in einer
V o l l v e r s a m m l n n g d e r S o z i o l o g e n

noch einmal auf. Wir werden dort diskutieren:

1) die Möglichkeit einer Satzung, die den Studenten eine Mitkontrolle über die inhaltlichen Forschungs- und Lehrstrategien sichert

2) die Möglichkeit einer vorläufigen Aussetzung des soziologischen Lehrbetriebs, wie er bislang ablief und die gemeinsame Organisierung von Forschungs- und Lehrkollektiven, welche die autoritären Lehrsituationen abbauen und eine neue Lehr- und Forschungsstrategie entwerfen. Diese gemeinsamen Arbeitsgruppen müssen als ordentliches Studium enerkannt werden.

Wir haben keine Lust, die linken Idioten des autoritären Staates zu spielen, die kritisch in der Theorie sind, angepaßt in der Praxis. Wir nehmen den Ausspruch Horkheimers ernst:

"Die revolutionäre Karriere führt nicht über Bankette und Ehrentitel, über interessante Forschungen und Professorengehälter, sondern über Elend, Schande, Undankbarkeit, Zuchthaus ins Ungewisse, das nur ein fast übermenschlicher Glaube erhellt. V O N B L O S S B E G A B T E N L E U T E N W I R D S I E D A H E R S E L T E N E I N G E S C H L A G E N."

(Heinrich Regius, Dämmerung. Zürich 1934. S. 73f.)

B A S I S G R U P P E S O Z I O L O G I E B A S I S G R U P P E

.....Aber bitte: die bürgerliche Justiz will ja selber nicht daran erinnert werden, daß sie nicht als Autorität vom Himmel gefallen ist, sondern von einem um sein Recht kämpfendes Bürgertum geschaffen würde. Einst hatte das Bürgertum z.B. die Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren erkämpft, damit die Gerichte kontrol liert werden können. Dem Bürgertum ist damals nicht im Traum eingefallen dieses Prinzip deswegen einzuschränken, weil es Unruhe im Gericht geben könnte. Das Prinzip der Öffentlichkeit ist aber nicht das Einzige, was dem Bürgertum nicht mehr paßt.
Das ist wiederum recht verständlich: Das Bürgertum willselber ja nicht gern daran erinnert werden, dass es seine Herrschaft durch den Kampf gegen den feudalistischen Absolutismus und durch eine heute so verpönte Sache wie Revolution errungen hat. Schliesslich könnten diejenigen, die nicht zum herrschenden Bürgertum gehören ja sonst auf die Idee kommen, ebenso wie das Bürgertum Revolution zu machen - diemal aber, um die Herrschaft dieses Bürgertums zu stürzen.
wie heute die alte bürgerliche Forderung nach uneingeschränkter Öffentlichkeit von Gerichtsvefahren nicht mehr vom Bürgertum erhoben wird, sondern von uns, die wir gegen die Klassenherrschaft des Bürgertums kämpfen.
Mit allen Mitteln, mit Pfarrern , Vätern, Müttern, Lehrern, Lehrherren, Uniprofessoren ,Zeitungen, Radios u.s.f. verleugnet das Bürgertum seit über einem Jahrhundert ,dass es die Verhältnisse erstmal ändern mußte, damit die Verhältnisse so werden konnten, wie sie heute sind. Uns allen wird ständig eingepaukt: so wie es ist war es immer und wird es immer sein!
Ich werde also meine letzten Worte vor diesem Gericht nicht dazu benutzen, um Für Verständnis für meine SCHMIERERERI am grieschichen Konsulat zu bitten (ich gebrauche jetzt einmal den Ausdruck für mein Tun den der Staatsanwalt mit so großer Selbstverständlichkeit gebraucht-vielleicht kommt dadur ch der eine oder andere hier auf den gedanken, das die Selbstverständlichkeiten des Staatsanwaltes doch nichtso selbstverständlich sind . Ich will ihm aber, was seine Ausdruckweise betrifft, keinen Vorwurf machen. Ihm gehts wahrscheinlich wie den meisten: Er wird als kleines Kind was auf die Finger bekommen haben, als er mit seinen Exkrementen spielte. Und daraus hat er gelernt solche Ungehörigkeiten ,wie meine Kennzeichnung des Konsulats als Schmiererei zu bezeichnen. Die Sprache des Staatsanwaltes ist die Sprache dessen, der wie viele andere unterdrückt wurde, um dadurch die Sprache der Unterdrückung und der Unterdrücker sleber zu lernen. Vielleicht merken sie das einmal, Herr Staasanwalt, aber das wird riskant für sie sein und darum werden sie das wohl nicht merken. Denn , wenn sie merken, was sie tun, und warum und wie sie es tun, werden sie nicht mehr Staatsanwalt sein wollen und würden vielleicht sogar das Justizministerium "beschmieren" wollen mit Parolen, die gegen die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen sind und die darum denjenigen, denen Sie heute dienen, nicht gefallen werden).

..... Wenn ich hier vor Gericht stehe, wie viele andere, die gegen den Faschismus in Griechenland und sein Wirken hier, die gegen den Völkermord des US- Imperialismus in Vietnam, die gegen den Hetz- und Manipulationskonzern Springer, die gegen die Notstandsgesetze, die für eine demokratische Hochschule und die Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft politisch aktiv wurden- dann geht es mir nicht etwa nur darum, möglichst billig wegzukommen (auch wenn ich keiner bin dem es nichtsausmachen würde ins Gefängnis zu kommen, sondern ich vielmehr eine menge Angst vor dem Gefängnis habe). Wenn ich hier wie viele andere von uns vor Gericht stehe, dann gehe ich nicht nur davon aus das mein politisches Handeln richtig war und dass die Prozesse gegen uns zu begreifen sind, als die politische Anwort der Herrschenden auf unser Handeln, und dass mich weder mein eigenes Handeln noch die mein Handeln beurteilende Justiz veranlassen kann, mich hier verteidigen

Seite 14

zu wollen,sondern:
Als Sozialisten haben wir zwar immer theoretische Bescheid gewußt über den politischen Charakter der Justiz im Kapitalismus,aber noch in der 1. Instanz,bei Richter Hummel habe ich mich eigentlich so verhalten,als könne ich wenigstens ein Minimum an Gerechtigkeit erwarten.Mir ging es ebenso wie vielneandren von:erst die praktische Erfahrung mit dieser Jusitz hat uns gelehrt, dieJustiz nicht mehr an ihren Rechtsidealen sondern an ihrem politischen Klassencharakter zu messen und entsprechend zu handlen. Wenn wir heute vor Gericht stehen,dann ist das für uns ein Teil des Kampfes gegen diese Justiz,und daran wird sich auch nichts mehr ändern, wenn einer von uns verhältnismäsig gerecht behandelt wird.Sicher, unser Kampf gegen die Justiz began deswegen ,weil sie gegen uns eingesetzt wurde. Aber jetzt bekämpfen wir diese Justiz nicht mehr nur,weil wir,von ihr betroffen sind oder weil wir uns ungerecht von ihr behandelt fühlen, sondern weil diese Justiz Ausdruck und Instrument einer Gesellschaftsordnung ist, die sich die Arbeit in der Bevölkerung nicht selber gegeben hat, sondern die vielmehr der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung dient.Wir bekämpfen diese Justiz,weil sie bekämpft werden uss, wenn man die kap. Klassenherrschaft bekämpfen will.Und wir bekämpfen die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung nicht aus Idealismus mit diesen Menschen,sondern weil ihre Unterdrückung auch unsere Unterdrückung ist. Und dies hat uns nicht zuletzt die Jusitz beigebracht! Das Gericht vor dem ich stehe, und die Staatsmacht, die hinter den Gerichten steht werden sich vielleicht sagen: dieser kleine Angeklagte,der hier vor uns sein letztes Wort aussagen darf nimmt sich mächtig viel heraus, mit solch einer Kampsansage. Tatsächlich käme ich mir selber mächtig aufgeblasen vor und würde wohl auch nicht so reden, wenn ich nur für mich alleine reden könnte. Wenn das, was ich zu sagen versuchte, meine Privatsache wäre. Aber die Kampfansage gegen die Justiz ist nicht die Kampf-ansage einer einzelnen Person oder irgendeiner Gruppe. Sondern diese Kampfansage ist der Widerspruch, den das herrschende politische System zu sich selber hervorbringt durch sein Bemühen, sich mit Gewalt zu behaupten (und die Justiz ist Gewalt). Die Herrschenden mögen sich sehr mächtig fühlen, wenn jetzt die Justiz gegen uns eingesetzt wird, aber schon dieser Einsatz der Justiz zeigt ja, dass sie anders als mit Gewalt nicht mit den Folgen ihrer Herrschaft fertig werden, dass ihre Herrschaft politisch auf schwachen Füssen steht. Und diese Herrschaft erweist sich historisch immer mehr als überholt, wenn ihr Bemühen, der von ihr hervorgerufenen Widersprüche Herr zu werden, wieder neue Widersprüche hervorruft. Zwar können wir keine Urteile verhindern, aber der politisch Einfluss der Justiz gegen uns hat dazu geführt, dass die Justiz und das herrschende Recht ausgerechnet an ihrer Reproduktionsbasisangegriffen werden. Wenn Sie heute in die Universitäten kommen würden, würden Sie sich vielleicht etwas wundern: keine Fakultät hat sich in den letzten Wochen so sehr politisiert, wie gerade diejenige, mit der die Herrschenden bisher am wenigsten Schwierigkeiten hatten, nämlich die juristische. Wenn man heute von der Studentenrevolte reden will, wird man an erster Stelle von den Jura-Studenten sprechen müssen.Und noch in einer anderen Weise tritt gegenwärtig das Gegenteil von dem ein, was mit dem Einsatz der Justizgegen uns erreicht werden sollte: es gibt genug Äusserungen von Politikern, Staatsanwälten und Richtern des Inhalts, dass mittels der Justiz einzelne herausgegriffen werden sollen und exemplarisch bestraft werden sollten, um den Widerstand von uns allen zu brechen.
Wenn man sich anschaut, wie im Urteil erster Instanz gegen mich die Tatbestandsdefinition des Landfriedensbruchs und Aufruhrs gummiartig ausgedehnt wurde, dann schwebt fast bei jeder Demonstration über jedem das Damoklesschwert eines solchen Urteils. Mir ist ein Fall bekannt,

wo dieses Urteil auch seinen Einschüchterungszweck erfüllt hat: "'Aus Loyalität' wies der Kölner Amtsgerichtsrat Gatzweiler auf dieses münchner Urteil hin, der gegen einen 240.- DM Strafbefehl Einspruch erhoben hatte. Der Angeklagte zog den Einspruch zurück!" (Ansgar Skriver "Gerechte Sühne oder Einschüchterung" , Zeitschrift für Rechtspolitik Nr 2, NJW 14.11.68). Aber während hier am ersten Verhandlungstag die Polizeizeugen zu der damaligen Demonstration vor dem griechischen Generalkonsulatvernommen wurden, demonstrierten merhrere hundert Studenten, die mich hierher begleitet hatten weiter zum griechischen Generalkonsulat. Und wie ich von einem Journalisten hörte, stand in der Nacht vom Donnerstag voriger Woche etwa 30 mal die Ziffer 114 auf dem griechischen Generalkonsulat geschrieben - und unter jedem "114" der Name dessen, der sie geschrieben hatte.
Ich sehe darin nicht nur einen symbolichen Akt der Solidarität. Sondern damit wird der Kampf gegen die politische Klassenjustiz konkret geführt.Sowohl die Herrschenden als auch wir wissen: Bei der Verurteilung einzelner von uns geht es um die vielen, die nicht vor Gericht stehen, die aber dasselbe wie der Angeklagte getan haben oderbereit sind, dasselbe zu tun. Der ideologische Anspruch der Justiz, alle Menschen gerecht und gleich zu behandeln, wird brüchig, und der politische Charakter der Justiz wird sichtbar, wenn die vielen durch ihr Handeln erneut beweisen,

dass der Angeklagte eben nur einer von vielen ist,
dass mit dem Angeklaten der Kampf gegen die Unterdrückung vor Gericht steht und
dass sich dieser Kampf eben nicht verbieten lässt.

Die Justiz kann einzelne von uns ins Gefängnis stecken, aber sie findet ihre Grenzen daran, dass sie es nicht mit dem Mutwillen einzelner oder vieler zu tun hat, sondern, dass unser Handeln seine objektive Ursachen in den herrschenden Verhältnissen hat. Und nur eine Anklage ist wirklich berechtigt, nämlich die Anklagegegen die herrschenden Verhältnisse. Die bürgerliche Justiz, die das Produkt der bürgerlichen Revolution ist, soll die herrschenden Verhältnisse, das heisst die bürgerlichen Klassenverhältnisse vor ihren eigen revolutionären Folgen schützen, aber

die Revolution lässt sich nicht verbieten!

Hinweis

betr. Regionalseminar am letzten Wochenende in Freiburg (Bad.-Württ.):

ANALYSE DES DAHRENDORF-PLANS (HOCHSCHULGESAMTPLAN) IST ERHÄLTLICH BEIM ASTA HEIDELBERG (ASTAPRESS).
TITEL: B. VOIGT, PLANUNG DES BILDUNGSNOTSTANDS

Wichtige Hinweise:

1.) Betriebsprojektgruppen
Auf der DK in Hannover wurde unter den dort anwesenden Mitgliedern von Betriebsprojektgruppen vereinbart, Berichte über die lokale Arbeit undüber den Diskussionsstand an den einzelnen Gruppen zu erstellen. Diese Berichte sind bis zum 15.12.68 an den BV zu schicken, der sie vorläufig und in Zusammenarbeit mit der Betriebsprojektgruppe Frankfurt auswerten und archivieren wird, bis sich eine Gruppe (wir dachten an München) entgültig bereitfindet, die Arbeit einer Betriebsprojektgruppen Sekretariats zu übernehmen.

2.) Der BV wird Anfag Januar 6[illegible] eine Korrespondenz herausgeben. Beiträge aus den Gruppen sind bis Ende Dezember 68 an den BV zu schicken.

3.) Bundesseminare
Das Bundesseminar für Justizkampagne in Tübingen, das für Dezember vorgesehen war, findet
vom 10. bis 12. Januar 69
in Tübingen statt. Die Verschiebung ist notwendig geworden, weil die Vorbereitungsarbeiten sich ausgeweitet haben und Terminschwierigkeiten mit Anwälten auftraten. Wir Bitten Euch, Euch rechtzeitig in Tübingen anzumelden.
Auch das Bundesseminar zur Frage der Neuen Kritik muss auf Januar 69 verschoben werden, da eine gründliche Vorbereitung nötig ist.

4.) Telefondienst des BV: täglich von 11 - 23 Uhr
Sonntags von 12 - 21 Uhr

LINKE LESEN GUTE BÜCHER:

„DIE LINKE ANTWORTET JÜRGEN HABERMAS"

in der REIHE res novae provokativ bei EVA

KLUGE KÖPFE von Bruckner, Lefèvre, Scheuer etc. über „DIE SCHEINREVOLUTION und IHRE KINDER"

STUDIEREN, STUDIEREN

noch mal STUDIEREN

SDS

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND · 6 FRANKFURT/M. · WILHELM HAUFF-STR. 5

Bundesvorstand Tel.0611/776068

Postscheckkt. Ffm.31607
Dresdner Bank Kt.Nr.282427

Erklärung
des SDS-Bundesvorstandes zur Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Polizeichefs

Die Ergebnisse der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Polizeichefs in Frankfurt a.M. -faktisch Beschlüsse einer Bundespolizei-Konferenz- müssen im Zusammenhang gesehen werden mit den verabschiedeten Notstandsgesetzen(Arbeitsteilung zwischen Länderpolizei, Bereitschaftspolizei u. Bundesgrenzschutz; beflissene Sorge der Industrie um die Ausrüstung einer schlagkräftigen Polizei).
Die Beschlüsse stellen weiterhin eine Reaktion des Staatsapparates auf die militanter werdenden Verteidigungsaktionen der außerparlamentarischen Opposition gegen die sich verschärfende politische Justiz dar.
Die Aktionsformen der außerparlamentarischen Opposition, die sich durch Massenhaftigkeit und rationale Diskussion in der Aktion auszeichnen, sollen durch vorbeugendes Zuschlagen der Polizei verhindert werden.
Zugleich weisen die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft auf eine erhebliche Unruhe nach Ostern innerhalb des Polizeiapparates hin(so quittierten z.B. in Frankfurt junge Polizisten den Dienst).
Der Offensivcharakter der in den Beschlüssen vorgesehenen Maßnahmen soll nur die Verunsicherung der einzelnen Beamten in Aggressionen gegen die außerparlamentarische Opposition wenden.

Der SDS wird in Aufklärungsaktionen in und vor den Polizeirevieren und Polizeikasernen zeigen, daß die Polizeibeamten gegen ihre eigenen Interessen eingesetzt werden sollen.

Der SDS wird in fantasievollen Aktionsformen den politischen Charakter der Auseinandersetzungen erhalten. Insgesamt ist durch die vorgesehene Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen ein stärkeres Organisationsbewußtsein im SDS und der außerparlamentarischen Opposition zu erwarten.

Frankfurt a.M., den 4.12.1968

Erklärung
des SDS-Bundesvorstandes zu den Terrorurteilen in Südkorea

Die Entführung der Südkoreaner aus der Bundesrepublik, ihre Verurteilung zu Todes-, Zuchthaus- und Gefängnisstrafen sind nur möglich geworden durch die Zusammenarbeit der Geheimdienste, die Zusammenarbeit der Regierungen der unter der Führung der USA stehenden imperialistischen Allianz bei der Bekämpfung jeder demokratischen und revolutionären Bewegung zur Befreiung von der imperialistischen Unterdrückung.

Der laue opportunistische Protest und die Untätigkeit der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes

bei gleichzeitiger Fortführung wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung der südkoreanischen Diktatur beweisen das uneingestandene Interesse des bundesrepublikanischen Machtkartells an der Verurteilung der entführten Koreaner.

Die militärischen Pakte der imperialistischen Länder erweisen sich in zunehmendem Maße als innenpolitische Instrumente zur Ausschaltung oppositioneller Bewegungen in Europa wie in Asien.
Der formale Protest bei gleichzeitiger Fortführung der offenen Kollaboration mit den Diktaturregimen in Südkorea und auch in Griechenland entlarvt die Bundesregierung als Komplizen der Terrorjustiz dieser Länder.

Die südkoreanischen Urteile enthüllen zugleich den ohnmächtigen Versuch, die Sozialistische Volksrepublik Korea mit Hilfe der Gerichte zu bekämpfen. Die gerichtliche Unterdrückung der sozialistischen Alternative für Korea wird aber ebenso scheitern, wie die Terrorjustiz, die Diktatur und die imperialistische Aggression in Vietnam gescheitert ist. Wer weiterhin von den offiziellen Stellen in der BRD eine tatsächliche Hilfe und Unterstützung für die verurteilten Südkoreaner erwartet, täuscht sich über das faktische Einverständnis der Bundesregierung mit der Aburteilung der entführten Südkoreaner und leistet damit der Faschisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft vorschub. Es ist darum damit aufzuhören, den politisch notwendigen Protest von denjenigen zu erwarten, die sich - wie die Bundesregierung - als Agenten und Komplizen der kapitalistischen Unterdrückung ausweisen.
Sondern: Die Studenten der Universitäten, an denen die verurteilten Südkoreaner studierten und forschten, werden die südkoreanische Botschaft und die Konsulate zum Zielpunkt wirkungs- und eindrucksvoller Solidaritätsaktionen machen.

Frankf. M. den 5.12.68